

Ein sicheres Hobby

Zum Artikel «Rakete fiel in Freienbacher Garten», im «Höfner Volksblatt»/«March-Anzeiger» vom Montag, 31. März 2003

Als in der Schweiz tätiger Verein für Modellraketen bedauern wir, dass es beim Flug einer Rakete zu einem Unfall gekommen ist. Wir möchten jedoch betonen, dass unser Hobby keineswegs unsicher ist, sondern der Grund des Absturzes vermutlich in Konstruktionsfehlern und/oder im Verstoß gegen Sicherheitsbestimmungen lag.

Für Modellraketen gilt ein sogenannter Sicherheitskodex, der bei Beachtung Unfälle wie den geschilderten wirkungsvoll verhindern hilft. Leider ist es immer schwierig, einen Vorfall aus der Ferne zu beurteilen, aber möglicherweise wurde das Modell nicht nach diesem Kodex gebaut und geflogen. Der Sicherheitskodex schreibt unter anderem die Verwendung von leichtzerbrechlichem und an die Modellgrösse angepassten Materialien wie Holz, Pappe oder Plastik vor. So wird es selbst bei einem Absturz zu keinen Schäden kommen. Das hier verwendete Modell war vermutlich zu robust gebaut. Unter anderem wurde der sehr stabile Werkstoff GFK eingesetzt, der für die Modellgrösse (70 cm Länge und 160 Gramm Gewicht) möglicherweise nicht zerbrechlich genug war. Weiterhin wird ein ausreichender Sicherheitsabstand zu bewohnten Gebäuden vorgeschrieben. Eventuell war dieser Abstand zu gering. Möglich ist auch, dass das Modell nicht (wie vorgeschrieben) vor dem Flug auf Stabilität berechnet wurde und daher instabil wurde.

Zur Berechnung gibt es entsprechende Formeln und Computerprogramme. Das Versagen des Bergungssystems ist offenbar durch die Verwendung eines ungeeigneten Isoliermaterials für den Fallschirm verursacht worden. Vorgeschrieben ist feuerfestes Material wie nichtbrennbare, imprägnierte Watte. Verwendet wurde der Schilderung nach nicht imprägniertes, einfaches Papier. Dies sind, wie gesagt, nur Vermutungen. Andererseits ist, bei Beachtung aller Vorschriften, ein Unfall eher unwahrscheinlich, wie auch die Statistik beweist: Seit Einführung des Hobbys Ende der 50er Jahre ist es, bei inzwischen fast 600 Millionen Starts weltweit, darunter auch viele in der Schweiz und in umliegenden Ländern, zu keinen Unfällen gekommen. Derzeit werden weltweit über 15 Millionen Starts jährlich unfallfrei durchgeführt. Modellraketenflug ist daher sicherer als alle anderen vergleichbaren Hobbys, etwa dem Fliegen von Modellflugzeugen. Auch der Einsatz in Schulen wird erfolgreich weltweit praktiziert, die Schüler lernen darüber zum Bei-

spiel grundlegende Flugphysik oder trainieren ihre handwerklichen Fähigkeiten.

Mehr Informationen über Modellraketen gibt es auf der Internetseite der Interessengemeinschaft Modellraketen (IMR) unter <http://www.modellraketen.org>. Auch das allgemeine Modellraketen-Portal <http://www.modellraketen.com> informiert sehr anschaulich über das Hobby.

Oliver Missbach, München
1. Vorsitzender Interessengemeinschaft Modellraketen (IMR)

Ja zur Armee XXI

Die derzeitige Organisation der Armee muss den neuen Aufgaben und Bedrohungsfeldern angepasst werden. Die Armee XXI hat nach wie vor gemäss Bundesverfassung der Kriegsverhinderung und damit der Erhaltung des Friedens ihren unumstösslichen Beitrag zu leisten. Die Armee XXI entspricht den heutigen Bedrohungen und Gesellschaftsverhältnissen. Sie ist eine massgeschneiderte und keineswegs überdimensionierte Lösung für die Schweiz. Die Schweiz muss für ihre Sicherheit sorgen. Diese Verpflichtung kann sie nur mit einer modernen Armee erfüllen. Als moderne Armee verstehe ich Multifunktionalität – das heisst die Fähigkeit, verschiedene Aufgaben mit derselben Armee zu erfüllen. Neben Aufgaben wie Verteidigung und Raumsicherung brauchen wir auch Sicherheit und Gewähr für eine effiziente Katastrophenhilfe und Sicherungseinsätze. Mit der Armee XXI ist diese Flexibilität und Effizienz auch möglich.

Ich stimme aus Verantwortung gegenüber dem Mitmenschen und aus Überzeugung Ja zur Armee XXI.

Franz Merlé, Präsident Regionale Sicherheitskommission Höfe

Bezahlbare Gesundheit

Der Abstimmungskampf ist lanciert und bereits jetzt versuchen die Gegner der Initiative mit Panikmache ihre Parole zu stützen. Die Lösungsvorschläge der Initiative aber sind klar und müssen unterstützt werden, damit ein gerechtes Finanzierungssystem der Krankenversicherung Tatsache wird. Auch zur Stabilisation der Gesundheitskosten leistet die Gesundheitsinitiative einen guten Ansatz. Man darf doch einfach nicht immer über die hohen Kosten jammern, man muss endlich etwas dafür tun. Die Initiative

bietet wirksame Instrumente. Neu ist der Bund verantwortlich für die Planung der teuren Spitzenmedizin. Die Kantone werden vermehrt zur Zusammenarbeit verpflichtet und es gibt Massnahmen zur Einschränkung der Kosten im Falle einer übermässigen Erhöhung des Leistungsvolumens.

Der Bund erhält Kompetenzen zur Bestimmung von Höchstpreisen für medizinische Leistungen. Die Kantone bleiben frei, selbst zu handeln. Erst wenn die Kosten unverhältnismässig steigen und sie nichts unternehmen, soll der Bund eingreifen. Dies ist im Interesse der Versicherten nötig.

Es braucht eine Wende in der Gesundheitspolitik. Mit ihrem Ja helfen sie mit, eine sozialere und gerechtere Gesundheitspolitik zu erhalten.

Josy Gyr, Co-Präsidentin «Ja zur Gesundheitsinitiative» im Kanton Schwyz

Sparanreize abgeschafft

Das Hauptproblem unseres Gesundheitswesens sind die steigenden Kosten. Mit der SP-Gesundheitsinitiative werden die Kosten aber mit Sicherheit nicht gesenkt. Denn alle Sparanreize für Versicherte, Ärzte, Kassen und Kantone werden abgeschafft. Heute nutzt fast jeder zweite Versicherte die Möglichkeit, die Prämie durch eine höhere Franchise zu reduzieren. Mit der SP-Gesundheitsinitiative wird die Kostenbeteiligung der Prämienzahler über Selbstbehalt und Franchise jedoch abgeschafft. Gefährdet sind auch HMO-, Bonus- und Hausarztmodelle. Dies alles schmälert das Kostenbewusstsein, senkt die Eigenverantwortung und schafft keine Anreize zum Kostensparen. Mit dem neuen Finanzierungsmodell über Mehrwert-, Einkommens- und Vermögenssteuer entfällt aber auch jegliche Kostentransparenz.

Die Folgen sind fehlender Spardruck für Ärzte, Politik und Krankenkassen. Das Kostenbewusstsein wird zusätzlich geschwächt, weil das Volksbegehren Versicherte in kostengünstigen Kantonen genau gleich zur Kasse bitet wie Versicherte in teuren Kantonen. Dadurch müssen 18 Kantone mit tieferen Gesundheitskosten 8 Kantone mit hohen Ausgaben mitfinanzieren. Wollen wir sparsame und kostenbewusste Schwyzer und Ostschweizer an die exorbitanten Kosten der Genfer bezahlen?

Die Folgen der SP-Initiative sind weitere Kostensteigerungen, eine Staatsmedizin mit langen Wartezeiten, die wir aus England bestens kennen. Das ist definitiv die falsche Medizin für unser Gesundheitswesen. Daher ein wichtiges Nein zur SP-Gesundheitsinitiative.

Dr. med. Jürg Wyrsch, Tuggen

Kopfschütteln verursacht

Zum Interview mit Guntram Stamm im «Höfner Volksblatt»/«March Anzeiger» vom Mittwoch, 16. April 2003.

Ich selbst bin auch Physiker, daher las ich die Meinungsäusserungen von Guntram Stamm mit Interesse, Kopfschütteln und zunehmender Verärgerung. Warum?

Dass die Verteuerung der Energiepreise mehrheitlich erwünscht ist, mag vielleicht für den Bekanntenkreis von Herrn Stamm zutreffen, sicher nicht für die Schweizer Bevölkerung. Dass die Schweiz intelligenten Gebrauch von Pumpspeicherkraftwerken macht, sichert den erreichten Wohlstand ab. Man könnte natürlich auf ihn verzichten, nicht mehr konkurrenzfähig werden, Arbeitslosenzahlen wie in Deutschland haben; eine wahrlich nicht sehr verlockende Alternative. Ohne über die Seriosität der CO2-bedingten Klimamodelle und eventuellen Klimaänderungen zu spekulieren, eines sollte mehrheitlich Konsens sein, nämlich, dass man auf leichtfertige CO2-Ausstosserhöhungen auf jeden Fall verzichten sollte. Gerade das wäre aber die Folge aus Atomausstieg und Umstieg auf Wärmekraftwerke. Gerade einem Physiker stünde es an, sachlich zu argumentieren und nicht mitzuhelfen, weniger physikalisch vorgebildete mit Angstscenarien zu verschrecken.

Vorschläge zu machen, die den CO2-Ausstoss steigern, die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz schwächen, den Lebensstandard der breiten Bevölkerung verschlechtern und dies ohne die Sicherheit irgendwie zu erhöhen, können doch nicht im allgemeinen Interesse sein. Wer das anders sieht, kann ja für den Ausstieg stimmen.

Dr. Dettlef Symietz, Wangen

Alternativen fehlen

Ich will nicht verhehlen, dass ich der Kernenergie skeptisch gegenüberstehe. Wie viele andere Stimmbürgerinnen und -bürger könnte ich mir einen Verzicht vorstellen, wenn es brauchbare Alternativen gäbe. Selbstverständlich sind die Anhänger der beiden Atomausstiegs-Initiativen schnell zur Hand mit Vorschlägen. Sonst hätte der Ausstieg ja gar nicht propagiert werden dürfen. Beispielsweise wird die bessere Isolation von Gebäuden angeregt, zu Recht – aber zunächst entstehen den Eigentümern hohe Kosten, die sich erst nach Jahren rechnen. Ausserdem wird hauptsächlich Heizöl und kaum Strom gespart, um den es in der Abstimmung geht. Wind- und

Sonnenenergie haben meine ganze Sympathie. Heute versorgen sie jedoch nur 3000 Haushaltungen mit Elektrizität. Die Windverhältnisse in der Nordsee – eine weitere Alternative – mögen viel günstiger sein, aber solche Windfarmen sind nicht erprobt. Würde uns der Ersatzstrom für die bei uns abzuschaltenden KKW überhaupt zur Verfügung gestellt, wenn Deutschland seine 19 Atomkraftwerke vom Netz nimmt? Auch die Kosten wären zu berücksichtigen. Die einheimische Stromproduktion durch Wasser- und Kernkraft kostet zwischen 4 und 8 Rappen pro Kilowattstunde. Zum Vergleich Wind- und Sonnenenergie des In- und Auslandes: 20 bis 141 Rappen. Durch solche Strompreise würden viele kleine und mittlere Unternehmen, die schon genug unter der schlechten Konjunktur leiden, vollends in Bedrängnis geraten. Da überzeugende Alternativen zur Kernenergie fehlen, lehne ich die beiden Ausstiegs-Initiativen ab.

Antoinette Hüppin KR, Siebnen

Wasser- und Kernkraft

Wir stehen vor der vierten Volksabstimmung über den Ausstieg aus der bewährten Kernkraft. Dreimal scheiterten die Ausstiegsanhänger, und so kommt es hoffentlich auch diesmal heraus. Es gibt kaum ein Land, das seinen Strom dermassen unabhängig vom Ausland erzeugen kann. Zwei unserer Nachbarländer verzichten zwar auf Atomkraftwerke, aber sie produzieren im Fall von Österreich Strom zu 29 % in umweltschädlichen thermischen Kraftwerken, im Fall von Italien sogar zu 79 %. Man ist auf Importe von Erdgas und Erdöl angewiesen, in Deutschland ebenfalls auf hohe 65 %. Der so hoch gelobte Windstrom deckt dort noch keine 5 % der Gesamtstromerzeugung.

Wenn nun Atomstromgegner die Abhängigkeit von Uranimporten hervorstreichen, so ist auf wesentliche Unterschiede hinzuweisen. Uran kommt zum Glück nicht aus Krisengebieten wie so oft die fossilen Brennstoffe. Zudem ist es jahrelang lagerfähig und kann durch Wiederaufarbeitung zurückgewonnen werden. Das Transportvolumen ist im Vergleich zum Erdöl unendlich vielmal kleiner.

Unsere fünf Kernkraftwerke zählen zu den sichersten der Welt. Durch Umrüsten auf den neusten technischen Stand wird die Lebensdauer auf 50 und 60 Jahre erhöht. Die beiden Ausstiegs-Initiativen würden unsere sichere Stromversorgung gefährden und unsere Abhängigkeit vom Ausland auch noch beim Strom erhöhen.

Meinrad Bisig, Gross FDP Kantonsrat